Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
II/20

Vorlage-Nr.: 28.06.2011
2641/2011

Unterlage zur Sitzung im
öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss	11.07.2011	

Anlass:

☒ Mitteilung der Verwaltung

☐ Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

☐ Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

☐ Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates sowie der Entwicklung des Haushaltes 2011

1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates
2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositiionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen der Finanzrechnung 2011

Zu 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates

Auf der Basis des per 01.06.2011 ermittelten Sachstandes der einzelnen Maßnahmen wurden für 2011 die folgenden prognostizierten Jahreswerte ermittelt, die in den Diagrammen 1 bis 3 im Soll/Istvergleich aufgeteilt nach Produktbereichen dargestellt sind:

Aufwandsreduzierung Personalaufwand

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
11,00 Mio. €	11,00 Mio. €	0 €

Die für das Hj. 2011 aufgrund einer Neukalkulation ermittelte Reduzierung des Personalaufwandes wurde in die Hpl.-Ansätze eingearbeitet und hat somit bereits zu einer Reduzierung der Haushaltsbelastung in 2011 geführt. Bezüglich der aktuellen Entwicklung der Personalaufwendungen wird auf die unter Ziffer 2. enthaltenen Ausführungen verwiesen.

Aufwandsreduzierung Sachaufwand (Diagramm 1)

Soll	Prognostizierter Jahres-wert	Abweichung
20,19 Mio. €	16,97 Mio. €	3,22 Mio. €

Die aktuell prognostizierte Unterschreitung wird im Wesentlichen verursacht durch die bisherige Nichtumsetzung folgender Maßnahme:

Aufgabe 57.27, Einsparvorschlag Nr. 1 2,93 Mio. €
Vorgesehen war die Einführung von Winterdienstgebühren. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 14.12.2010 die Einführung in der vorgelegten Fassung abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Alternative ist derzeit noch in Erarbeitung.

Ertragssteigerung (Diagramm 2)

Soll	Prognostizierter Jahres-wert	Abweichung
16,14 Mio. €	11,99 Mio. €	4,15 Mio. €

Auch hier entfällt der größte Anteil der Abweichung auf die bisherige Nichtumsetzung einer einzelnen Maßnahme:

Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 6 3,20 Mio. €
Vorgesehen war der Verzicht auf die Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr. Vor dem Hintergrund, dass eine landesweite Regelung angestrebt wird, wurde die Einbringung einer Vorlage für eine Kölner Regelung zurückgestellt.

Die Landesregierung hat mittlerweile einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen soll. Das Gesetz soll am 22.07.2011 verabschiedet werden und ab 01.08.2011 zur Umsetzung kommen.
Inwieweit der Gesetzentwurf beschlossen wird und in welcher Höhe dann tatsächlich Zuschüsse des Landes fließen werden, kann derzeit nicht konkret beurteilt werden.

Weitere kleinere Abweichungen sowohl bei den Aufwandsreduzierungen wie auch bei den Ertragssteigerungen werden hier nicht näher erläutert. Die Verwaltung wird erforderliche Gegensteuerungs- und Ersatzmaßnahmen entwickeln, um das für 2011 geplante Konsolidierungsvolumen zum Jahresende zu erreichen.

Stellenabbau (Diagramm 3)
Der aus diversen Maßnahmen resultierende Stellenabbau umfasst in 2011 insgesamt 177 Stellen mit einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 8,66 Mio. €. Zum Stand 01.06.2011 konnten bereits 134 Stellen abgesetzt werden, 26 Stellen wurden mit einem kw-Vermerk versehen. Bei den restlichen 15 Stellen konnte mit Blick auf personalwirtschaftliche Umsetzungsmaßnahmen noch keine Absetzung erfolgen.

Zu 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 17.06.2011 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Bezüglich des **Gewerbesteueraufkommens** ist festzustellen, dass zum Stand 22.06.2011 ein Anordnungssoll von rd. 850,0 Mio. Euro erreicht wurde. Damit sind zum Stichtag bereits 83,8 % des Haushaltsplanansatzes von 1.014,4 Mio. Euro realisiert. Von diesem Betrag entfallen rd. 673,5 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und rd. 176,5 Mio. Euro auf Nachforderungen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO
Das aktuelle Anordnungssoll der Zinsen nach §233a AO beträgt 8,0 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Hpl-Ansatz von 23,0 Mio. Euro.
Die Entwicklung dieser Ertragsart steht im direkten Zusammenhang mit den Gewerbesteuerfestsetzungen älterer Zeiträume und ist abhängig davon, ob Nachforderungs- oder Erstattungszinsen anfallen. Daher kann derzeit keine sichere Prognose zum Jahresergebnis abgegeben werden.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Gewerbesteuerumlagen
Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Unabhängig hiervon ergibt sich eine Verbesserung aufgrund der Absenkung des Berechnungsfaktors um einen Punkt. Bezogen auf die aktuell veranschlagte Gewerbesteuer und die entsprechend berechneten Gewerbesteuerumlagen bedeutet dies eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio. Euro.

Wenigeraufwand: ca. 3,2 Mio.

Grundsteuer
Die Prognose zur Jahresveranlagung für die Grundsteuer B beträgt 208,7 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 210,8 Mio. Euro ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 2,1 Mio. Euro.

Wenigererträge: ca. 2,1 Mio. Euro

Kompensation (Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil)
Auf Basis der ersten Modellrechnung beträgt die Kompensationsleistung 40,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Haushaltsplanansatz ergibt sich eine Verbesserung um 5,0 Mio. Euro. Hieraus wurden bereits Deckungen für Mehraufwendungen in Höhe von ca. 4,0 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Mehrerträge: ca. 1,0 Mio. Euro

Kulturförderabgabe
Das Verwaltungsgericht Köln hat am 06.07.2011 über die Zulässigkeit der Kulturförderabgabe verhandelt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Mitteilung lag aber noch kein Ergebnis vor.

Unabhängig vom Ergebnis der Verhandlung – es ist davon auszugehen, dass der Rechtsweg vollumfänglich ausgeschöpft wird – zeichnet sich ab, dass der im Haushaltsplan für das Jahr 2011 veranschlagte Betrag von 7,0 Mio. Euro nicht erreicht wird.
Ob und welcher Höhe ggfl. Erträge erzielt werden können, bleibt abzuwarten.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Schlüsselzuweisungen

Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber den veranschlagten Schlüsselzuweisungen Mehrerträge von 65,4 Mio. Euro. Bezüglich des zugrunde liegenden Sachverhaltes wird auf die Mitteilung zur Sitzung des Finanzausschusses am 23.05.2011 verwiesen (TOP 2.15, Vorlagen-Nr. 2050/2011).

Mehrerträge: 65,4 Mio. Euro

Landschaftsumlage

Auf Basis der zwischenzeitlich feststehenden Umlangengrundlagen sowie des von der Landschaftsversammlung beschossenen Umlagesatzes von 17 % ergibt sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan für das Jahr 2011 ein Mehraufwand von 30,6 Mio. Euro.
Hiervon entfallen rd. 15,0 Mio. Euro auf die Erhöhung des Umlagesatz. Die weiteren 15,6 Mio. Euro resultieren aus der Tatsache, dass sich das Steueraufkommen in der maßgeblichen Referenzperiode besser entwickelt hat als noch bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für die Jahre 2010/2011 erwartet.

Mehraufwand: rd. 30,6 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen voraussichtlich mit einer Verschlechterung in Höhe von ca. 20,0 Mio. Euro abschließen. Die Verschlechterung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Zuführung zu den Rückstellungen deutlich höher ausfallen wird als ursprünglich angenommen. In der Prognose ist bereits die Besoldungserhöhung der Beamten enthalten.

Verschlechterung: rd. 20,0 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von 7,5 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert:

Bei den Erträgen werden folgende Veränderungen erwartet:

- Durch weitgehende Abarbeitung von Altfällen aus der Unterhaltsheranziehung und zentraler Rückabwicklung ergeben sich Mindererträge in Höhe von ca. 1,6 Mio. Euro, da diese Erträge vergangenen Perioden zugerechnet werden müssen.
- Die Erstattung des LVR zur „Hilfe zur Gesundheit“ wird um ca. 1,0 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.
- Bei der summarischen Abrechnung der stationären Hilfe zur Pflege zeichnen sich Wenigererträge von rd. 1,5 Mio. Euro ab.
- Mehrerträge in Höhe von 1,4 Mio. Euro sind aufgrund der Erhöhung des prozentualen Bundesanteils bei den „Kosten der Unterkunft“ zu erwarten. Diese Mehrerträge sind unabhängig von der Umsetzung des „Bildungspakets“.

Per Saldo ergeben sich Wenigererträge in Höhe von 0,7 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen erwartet:

- Aufgrund geringerer Fallzahlen bei den Aufwendungen für „Kosten der Unterkunft“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 12,9 Mio. Euro prognostiziert.

- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2010 – geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro.
- Bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ sind die Aufwendungen im Gegensatz zu den Vormonaten wieder angestiegen. Ursache hierfür sind einerseits die rückwirkende Regelsatzanhebung zum 01.01.2011, andererseits auch die Änderung im SGB XII, nach der, ebenfalls rückwirkend zum 01.01.2011, die Kosten der Warmwasseraufbereitung in die Kosten der Unterkunft aufzunehmen sind. Hierdurch haben sich die bisher erwarteten Wenigeraufwendungen erheblich reduziert. Es wird nunmehr lediglich eine Verbesserung von rd. 0,5 Mio. Euro erwartet.
- Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro werden bei den Leistungen „Hilfe zur Pflege“ durch den Übergang der Kostenträgerschaft für Fälle mit persönlicher Assistenz an den LVR erwartet. Diesen Wenigeraufwendungen stehen Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1,0 Mio. Euro bei der stationären Pflege durch stetige Zunahme der Kosten angesichts der demografischen Entwicklung gegenüber.
- Bei den Leistungen der „Hilfe zur Gesundheit“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro erwartet.
- Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter wird ein Mehraufwand von ca. 2,9 Mio. Euro erwartet. Darüber hinaus ergeben sich Mehraufwendungen von rd. 4,0 Mio. Euro aufgrund der Regelsatzsteigerung und den zusätzlichen Kosten der Warmwasseraufbereitung, analog den Anpassungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. In Summe wird eine Verschlechterung von rd. 6,9 Mio. Euro erwartet.
- Darüber hinaus ist der Ansatz für die „Hilfen bei Wohnproblemen“ nicht auskömmlich und wird voraussichtlich um rd. 0,8 Mio. Euro überschritten.

Per Saldo ergeben sich Wenigeraufwendungen in Höhe von 8,2 Mio. Euro.

Im Zuge der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe zum 01.01.2011 wurden in 2011 insgesamt 15,0 Mio. Euro außerplanmäßig bereitgestellt. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten werden die Leistungen nunmehr verstärkt in Anspruch genommen. Die Verwaltung kann jedoch nicht ausschließen, dass die bereitgestellten Mittel nicht vollständig abfließen. Eine konkrete Aussage hierzu kann aber erst zum Jahresende getroffen werden.

saldierte Verbesserung: rd. 7,5 Mio. Euro

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert insgesamt eine Verschlechterung von 15,7 Mio. Euro.
Zum einen sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 12,2 Mio. Euro auf nachträgliche Mietanpassungen für bereits genutzte Schulgebäude zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung für den HPL 2010/2011 noch nicht feststanden. Zum anderen ergeben sich im Bereich der OGTS Mehrbedarfe von rd. 3,5 Mio. Euro.

Verschlechterung: rd. 15,7 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

Im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe werden insgesamt Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro erwartet. Diese sind unter anderem auf unterjährige tarifliche Steigerungen im Trägerbereich zurückzuführen, die über den im Doppelhaushalt 2010/2011 geplanten Anstieg hinausgehen.
Bei den Kinderheimen zeichnet sich eine Verschlechterung bei den Erträgen der öffentlich rechtlichen Benutzergebühren/Entgelten von rd. 1,4 Mio. Euro ab. Dies resultiert zum einen aus der bisher noch nicht realisierten Erhöhung der Tagespflegesätze sowie aus der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzierung in den Leistungsangeboten des SGB VIII – Bereichs. Die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Tagespflegesätze

wurden eingeleitet, so dass die Vereinbarung mit den Kostenträgern bis Mitte 2011 abgeschlossen sein wird.

Verschlechterung: rd. 3,9 Mio. Euro

Bauaufsicht

Nach aktueller Prognose werden die Erträge aus den Verwaltungsgebühren mindestens 0,5 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Die genaue Höhe der Abweichung kann noch nicht beziffert werden.

Verschlechterung: rd. 0,5 Mio. Euro

Straßen und Verkehrstechnik

Bei den Kosten der Straßenbeleuchtung zeichnen sich Mehraufwendungen von rd. 0,9 Mio. Euro ab.

Mehraufwendungen: rd. 0,9 Mio. Euro

Zentrale Dienste

Im Bereich Gebäudereinigung/Winterdienst zeichnen sich Mehraufwendungen von rd. 2,3 Mio. Euro gegenüber der Veranschlagung ab, bei den Portokosten wird eine Ansatzüberschreitung von rd. 0,5 Mio. Euro erwartet. In beiden Bereichen konnten die zentralen Kürzungsvorgaben nicht aufgefangen werden.

Mehraufwendungen: rd.2,8 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Im Museum Ludwig ergeben sich Überschreitungen bei den Betriebskosten um rd. 1,2 Mio. Euro. Diese sind insbesondere auf Mehrbedarfe bei den Energiekosten (0,6 Mio. Euro) und der Bauunterhaltung (0,5 Mio. Euro) zurückzuführen.

Mehraufwendungen: rd. 1,2 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Die Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens betreffend die Generalsanierung der Rheinbrücken, der Ertüchtigung der städtischen Tunnelbauwerke, der Stadtbahnen und für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 2,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekte „Sanierung Rheinbrücken“ und „Tunnelertüchtigung“ und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahmen, sowie den zwischenzeitlich aufgetretenen Verzögerungen bei den Bauausführungen

Verbesserung: rd. 2,0 Mio. Euro

Gesundheitsamt

Bei den Erträgen aus Verwaltungsgebühren ist mit Ausfällen von rd. 0,5 Mio. Euro zu rechnen. Zum einen wurden bei der Planung Erträge berücksichtigt, die sich aus der Zusetzung zusätzlicher Stellen ergeben, deren Refinanzierung über Gebühren erfolgt. Entgegen der Planung wurde jedoch nur ein Teil dieser Stellen besetzt, so dass die Erträge geringer ausfallen. Die erforderliche Anpassung der Aufwendungen für diese Stellen wurde bei der Planung bereits berücksichtigt. Zum anderen ist durch Vakanzen und krankheitsbedingte Ausfälle mit weiteren Wenigererträgen zu rechnen.

Wenigererträge: rd. 0,5 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Aufgrund von Projektverzögerungen beim Programm Mülheim 2020 liegen die Aufwendungen rd. 3,2 Mio. Euro unter der Planung. Daneben werden 4,4 Mio. Euro Zuschüsse an Dritte für Mülheim 2020 ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen nicht abfließen. Er-

träge aus Zuweisungen von Bund, Land und EU werden voraussichtlich um 2,7 Mio. Euro – ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen – hinter der Veranschlagung zurückbleiben.
Im Hpl.-Entwurf 2012 sind jeweils erneute Veranschlagungen vorgesehen

saldierte Verbesserung: rd. 4,9 Mio.

Statistik und Informationsmanagement
Aufgrund des inzwischen beschlossenen ZensusG 2011 NRW beteiligt sich das Land NRW an den Kosten für die Durchführung des Zensus 2011 mit 1,7 Mio. Euro. Diesen Mehrerträgen stehen Aufwendungen von ca. 0,5 Mio. Euro für die Entschädigung der Erhebungsbeauftragten gegenüber.

Verbesserung rd. 1,2 Mio. Euro

Schuldendienst
Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 4,8 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist durch das anhaltend niedrige Zinsniveau zu begründen.

Wenigeraufwendungen: ca. 4,8 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung an die AWB wird voraussichtlich um rd. 3,5 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Bezüglich des Sachverhaltes wird auf die für die gleiche Sitzung des Finanzausschusses umgedruckte Vorlage 2091/2011 verwiesen.

Die Stadtwerke Köln GmbH haben aufgrund ihres positiven Geschäftsergebnisses die Gewinnabführung an den Haushalt um 8,0 Mio. Euro erhöht.

Verbesserung: ca. 4,5 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	in Mio. Euro Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)
Gewerbesteuerumlagen	+ 3,2
Grundsteuer	- 2,1
Kompensation	+ 1,0
Schlüsselzuweisungen	+ 65,4
Landschaftsumlage	- 30,6
Personalaufwand	- 20,0
Sozialbereich	+ 7,5
Schule und Bildung	- 15,7
Kinder und Jugend	- 3,9
Bauaufsicht	- 0,5
Straßen und Verkehrstechnik	- 0,9
Zentrale Dienste	- 2,8
Kultur und Wissenschaft	- 1,2
Brücken und Stadtbahnbau	+ 2,0
Gesundheitsamt	- 0,5
Stadtentwicklung	+ 4,9
Statistik und Informationsmanagement	+ 1,2
Schuldendienst	+ 4,8
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	+ 4,5
Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:	**+ 16,3**

Die jetzt ausgewiesenen Verbesserungen eröffnen keine neuen Handlungsspielräume sondern führen lediglich zu einer Verringerung des jahresbezogenen Defizits. Ob sich hieraus auch Veränderungen für die Jahre 2012ff ergeben, wird derzeit noch geprüft.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen somit nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Investitionspauschale
Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber der veranschlagten Investitionspauschale Mehreinzahlungen von rd. 6,0 Mio. Euro.

Mehreinzahlung: rd. 6,0 Mio. Euro

Kindertagesbetreuung:
Aufgrund einer zusätzlichen zweckgebundenen Zuweisung für die Intensivförderung im U3-Bereich in Höhe von rd. 6,7 Mio. Euro aus dem U3-Ausbau-Sonderprogramm des Landes ergeben sich in 2011 entsprechende Mehreinzahlungen.

Mehreinzahlung: rd. 6,7 Mio. Euro

Grünflächen – Rheinboulevard
Im Zusammenhang mit dem nun abgeschlossenen Dammabtrag und der Errichtung einer Hochwasserschutzwand wurden archäologische Funde frei gelegt. Das weitere Grabungskonzept sieht eine Untersuchungsfläche von 4.000 qm vor und dient als Planungsgrundlage für einen zu integrierenden historischen Park.
Im Rahmen der Objekt- und Tragwerksplanung muss eine Teilumplanung der Gründung erfolgen, da eine Tiefgründung mittels Spundwand auf der gesamten Länge nicht mehr mit vertretbarem wirtschaftlichen Aufwand beibehalten werden kann. Der Baubeginn des II. BA „Ufertreppe“ wird somit voraussichtlich erst im April/Mai 2013 erfolgen können. In Folge der 2-jährigen Verzögerung wird sich im gesperrten Budget eine Verschiebung der Freigabe- und Zahlungswirksamkeit in 2-stelliger Millionenhöhe ergeben. Eine detaillierte Prognose kann z. Zt. nicht erfolgen; sie ist abhängig von der am 14.07.2011 vom Rat zu entscheidenden Konzeption hinsichtlich der Archäologie und Teilumplanung der Gründung (Vorlagen-Nr. 2037/2011).

derzeit nicht bezifferbar

Informationsverarbeitung
Aufgrund des Umbaus des Rechenzentrums Chorweiler werden Mehrauszahlungen für die Maßnahmen „Austausch des Kabels in der Leitungsverbindung zwischen dem Spanischen Bau und dem Stadthaus Chorweiler“ sowie die „netztechnische Einrichtung der Rechnerräume“ in Höhe von insgesamt rd. 1,1 Mio. Euro erwartet.

Mehrauszahlung rd. 1,1 Mio. Euro

Stadtentwicklung
Entgegen der Planung werden sich einige Maßnahmen ins nächste Haushaltsjahr verschieben. So wird beispielsweise beim Projekt „Einbau der Aufzüge am Bahnhof Deutz/Messe“ mit Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro gerechnet. Bei der Maßnahme „Flaniermeile Frankfurter Straße“ entstehen in 2011 lediglich Planungskosten. Der Baubeginn wird für 2012 erwartet (Wenigerauszahlungen 1,1 Mio. Euro). Bei der Maßnahme „Gestaltung Waldecker Straße“ ist der Baubeginn erst für das IV. Quartal 2011 geplant (Wenigerauszahlungen 0,8 Mio. Euro).
Weiterhin werden die veranschlagten Zuwendungen für das Programm Mülheim 2020 voraussichtlich nur zu einem Teil abgerufen, da die für 2011 geplanten Auszahlungen ebenfalls nur teilweise entstehen werden. Auch hier ergibt sich jeweils eine Verschiebung in die Folgejahre.

<u>jahresbezogene</u> Verbesserung: rd. 3,9 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung
Von den bereitgestellten Mitteln für das Projekt „Rheinpark-Café“ werden aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung rd. 1,8 Mio. Euro nicht zur Auszahlung kommen. Ebenfalls werden von den für die Hochbaumaßnahmen Win-Win bereitgestellten Mittel rd. 1,8 Mio. Euro in 2011 nicht abfließen. Es ergibt sich eine Verschiebung in die Folgejahre

***jahresbezogene* Wenigerauszahlungen: rd. 3,6 Mio. Euro**

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung
Die Ausführung der geplanten investiven Maßnahme „Böschungsabdichtung“ findet erst in den Folgejahren statt. Die veranschlagten Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden 2011 nicht mehr kassenwirksam.

***jahresbezogene* Wenigerauszahlungen: ca. 1,2 Mio. Euro**

Verkehrsflächen und –anlagen, Radwegebau
Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren, da die weitere Entwicklung vom Verlauf der Verhandlungen, Abstimmungsverfahren oder Planungsentwicklungen abhängt. Ein großer Teil der Ansätze wird aufgrund der vollständigen Bindung durch erteilte oder noch zu erteilende Aufträge beziehungsweise durch noch nicht abschließend geprüfte Nachträge im Folgejahr abfließen. Insgesamt werden die Auszahlungen unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.

derzeit nicht bezifferbar

Liegenschaften und Kataster
Insbesondere im Bereich des Grunderwerbsetats lassen sich aufgrund der Größenordnung der Planzahlen Abweichungen noch nicht zuverlässig prognostizieren.

derzeit nicht bezifferbar

Brücken und Stadtbahnbau
Bei mehreren Maßnahmen im Brückenbau wird es zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlungen nur teilweise noch in 2011 kassenwirksam werden. Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:
- Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 2,0 Mio. Euro/ Wenigererträge rd. 0,7 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Fluchttunnel Grenzstraße (Wenigerauszahlungen ca. 1,0 Mio. Euro / Wenigereinzahlung 0,5 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Grunderneuerung Mülheimer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 0,7 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012

Prognosen über die Entwicklung der investiven Ein- und Auszahlungen des Stadtbahnbaus können erst in der zweiten Jahreshälfte erstellt werden, da zu diesem Zeitpunkt bereits notwendige Beschlussvorlagen gefasst, weitere Bauaufträge erteilt und Rechnungen beglichen sind.

***jahresbezogene* saldierte Verbesserung rd. 2,5 Mio. Euro**

gez. Klug